

Bezugspreis  
monatlich 20  
in der Geschäftsstelle 1000.—  
in den Ausgabestellen 1100.—  
durch Zeitungshändler 1200.—  
am Postamt .. 1320—  
ins Ausland 600 deutsche M.

Gernröder:  
2273, 3110.

Tel.-Nr.: Tageblatt Posen.  
Postkonto für Polen: Nr. 200233 in Posen.  
Postkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint  
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:  
f. d. Millimeterzeile im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens .... 40.— M.  
Niedermetall. 140.— M.

Für Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenteil 15.— d. M.  
aus Deutschland | Niedermetall 50.— d. M.

## Polens Außenpolitik.

Der polnische Außenminister Narutowicz äußerte sich am Freitag in einer Pressekonferenz zu verschiedenen außenpolitischen Fragen. Zunächst ging er auf die Konferenz von Lausanne ein. Er sagte darüber folgendes:

"In der Erwagung, daß Polen an dieser Konferenz nicht teilnehmen werde, habe ich alles getan, was nötig war, um unserem Staat die Verstärkung seiner Lebensorfressen zu sichern, und ich nehme an, daß wir in dieser Hinsicht genügende Garantien besitzen. Was Polen besonders in weitem Maße interessieren muß, das ist die weitere Entwicklung der Dinge im nahen Osten. Unser hauptsächlichstes Bestreben wird stets die friedliche Mitarbeit an der Lösung aller Streitfragen sein, mit denen sich gegenwärtig die Konferenz von Lausanne beschäftigt. So werden wir denn auch in Fühlung mit den Delegationen der Alliierten die Entwicklung der Konferenz aufmerksam verfolgen. Jedenfalls betone ich an dieser Stelle nochmals, daß es unser sehnlichster Wunsch ist, daß die geschlossenen Bündnisse erhalten bleiben und daß wir, indem wir auf ein einheitliches und einträchtiges Vorgehen der Alliierten rechnen, nach Maßgabe der Möglichkeit mit allen diesen Zusammenarbeit werden, deren Streben darin liegt, die Welt vor neuen Erschütterungen zu bewahren. Ich bemerke noch, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß wir im weiteren Verlauf der Dinge aufgefordert werden, uns zu bestimmten grundlegenden Fragen zu äußern. Ich werde dann bestrebt sein, daß wir in solchen Fällen unter gleichen Rechten mit anderen das Wort ergreifen können."

Nach einigen Worten über den Handelsvertrag mit Süßslawien kam der Minister auf die Beziehungen zu den Tschechen und führte in dieser Frage folgendes aus: "Ich glaube daran, daß unsere Beziehungen zu unserem westlichen Nachbarn Tschechien sich so gut gestalten werden, wie es das politische Interesse Europas erfordert, wenn erst die bestehenden Streitfragen endgültig geregelt sein werden. Ich denke dabei vor allen Dingen an die Tarnowana-Frage, die, wie es mir scheint, bereits in ihr Schlussstadium tritt. Die Botschafterkonferenz hat bereits endgültig die juristische Rolle dieses Problems festgelegt, indem sie festgestellt hat, daß sie allein für die Feststellung der endgültigen Grenze in der Tarnowana ausschließlich sei. Ich wage zu glauben, daß die Botschafterkonferenz, die sich die endgültige Entscheidung vorbehalten hat, nunmehr im Frühjahr die Grenze so feststellen wird, daß unsere Interessen und territoriellen Forderungen bezüglich der Tarnowana berücksichtigt werden. Die Berechtigung unserer Grenzschläge ist bereits von der Botschafterkonferenz im Prinzip anerkannt worden, da sie die Notwendigkeit erkannt hat, daß die gegenwärtige Grenze in der Tarnowana korrigiert werden müsse. Weitere direkte Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung erachten wir als zwecklos in der Erwagung, daß alle unsere Bemühungen zwecks Erledigung der Angelegenheit auf diesem für die Nachbarn klarsten und rationalsten Wege erfolglos waren. Ich betone also, daß eine schnelle Beilegung des Konfliktes durch die Botschafterkonferenz im Interesse guter Beziehungen zwischen den beiden Staaten notwendig ist. Ich rede in dieser Frage auch mit unserer öffentlichen Meinung, die über die Hinwendung der Lösung sehr beunruhigt ist."

Darauf kam der Außenminister in längeren Ausführungen auf die Memeler Frage zu sprechen. Er teilte folgende Einzelheiten hierüber mit: "Der von der Botschafterkonferenz zur Ausarbeitung eines Projektes für die Lösung der Memeler Frage bestimmte Ausschuß beschloß, vor der Entscheidung die Wünsche der Vertreter der drei interessierten Parteien, Memels, Polens und Litauens, anzuhören. Die Arbeiten des Ausschusses sind geheim. Inoffiziell kann folgendes festgestellt werden: Die Memeler Abordnung widersprach kategorisch der Angliederung Memels an Litauen, aus wirtschaftlichen sowie aus kulturellen und administrativen Gründen, und forderte, mit der Tatsache rechnend, daß Memel auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages von Deutschland losgetrennt werden ist, daß aus Memel ein unabhängiger Staat unter dem Protektorat der Großmächte gemacht würde. Zugleich mit dem Bestreben, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erhalten, erkannte die Memeler Delegation die Notwendigkeit der Ankündigung von Beziehungen zwischen Memel einerseits und Polen und Litauen andererseits, die diesen beiden Staaten die volle Benutzung des Hafens von Memel gestatten würden. Die litauische Delegation verlangte Angliederung Memels an Litauen und versprach innere Autonomie. Es kann gesagt werden, daß der Standpunkt der litauischen Delegation auf den entschiedenen Widerstand der Memeler Vertreter stieß. Der Standpunkt der polnischen Delegation war auf die realen Wirtschaftsinteressen sowohl Memels als auch des kleinen Litauens und der östlichen Gebiete Polens, für die Memel der einzige Ausgang zum Meer ist, gestützt. Ich muß betonen, daß der wirtschaftliche Kontakt zwischen Memel und Polen, vom Standpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung aus gesehen, bedeutend stärker und wichtiger ist, als der Kontakt zwischen Memel und Litauen, das als ausschließlich agrarisch Land auf dem Memeler Markt nicht mit Deutschland konkurrieren kann. Die polnische Delegation wies darauf hin, daß nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung Memels von dessen Beziehungen zu Polen abhängt, sondern daß auch nur sein Kontakt mit Polen die im Versailler Vertrag bestimmte Zusammensetzung Memels von Deutschland zu realisieren gestattet. Die polnische Abordnung stand auf dem Standpunkt der Unabhängigkeit Memels von Litauen und Polen unter Anerkennung eines gleichen Rechts der Bevölkerung des Hafens von Memel an beide Staaten. Die polnische Abordnung schlug ferner vor, die bisherige Verwaltungsform Memels beizubehalten, um allzu radikale Änderungen zu vermeiden, und die Entscheidung, die gegenwärtig von der Botschafterkonferenz getroffen werden wird, als vorläufig zu betrachten. Der Ausschuß, der im Besitz der von den einzelnen Delegationen niedergelegten Materialien ist, wird einen Entwurf ausarbeiten, indem er der Botschafterkonferenz eine endgültige Entscheidung vorschlagen wird. Es wird einen Entwurf ausarbeiten, in dem er der Botschafterkonferenz wird wahrscheinlich die Entscheidung des Ausschusses nicht bestätigen und einen besonderen Juristausschuß berufen, der das neue Statut für Memel im einzelnen ausarbeiten wird."

Zum Schluß ging Minister Narutowicz auf die Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrussland ein. Den bekannten noch unerledigten russisch-polnischen Gefechtsfeldkonflikt über den wir in der Sonntagsnummer eine Notiz der Moskauer "Trotz" brachten, hält der Minister nicht für so schwierigend,

als daß durch ihn die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gefährdet würden. Zur Abrüstungskonferenz, die am 30. November in Moskau stattfinden soll, äußerte sich der Außenminister mit folgenden Worten:

"Wie Ihnen bekannt ist, beginnt am 30. November in Moskau die Abrüstungskonferenz. Die unsererseits bestimmte Delegation, zu der Fürst Radziwill als Vorsitzender, der Chef der Ostabteilung Łukasiewicz als Stellvertreter und ferner zwei militärische Sachverständige, der Oberst Pisakor und der Major Bedrzejewicz, gehören, reist am Dienstag nach Moskau. Die Arbeiten unserer Delegation während dieser Konferenz werden sich auf einer auf der Reveller Tagung vollkommen anerkannten politischen Richtlinie bewegen, und das ist die Festigung des Friedens in Europa. Welches die Früchte dieser Konferenz sein werden, kann ich heute schwerlich sagen. Ich habe jedoch die Hoffnung, daß ich Ihnen in der nächsten Pressekonferenz nähere Einzelheiten werde mitteilen können. Ich kann in dieser Angelegenheit noch mitteilen, daß nach einer offiziellen Mitteilung aus Moskau, wie es scheint, auch Königs-Litauen an der Moskauer Konferenz teilnehmen wird. Obwohl wir die Meinung äußerten, daß die Abrüstungskonferenz in Moskau nur die Teilnahme der unmittelbar westlich von Russland gelegenen Staaten vorsehen müsse, so haben wir es doch nicht für angebracht erachtet, uns grundsätzlich gegen die Teilnahme Litauens zu erklären, da wir eben auf dem Standpunkt einer Friedenspolitik stehen. Während der Konferenz wird sich Polen von den Ergebnissen der im Völkerbund durchgeführten Arbeiten hinsichtlich der Abrüstung lenken lassen und, indem es sie für sich als bindend ansieht, sich bemühen, die Beschlüsse, die in Moskau fallen werden, mit ihnen in Einklang zu bringen."

## Vor der Eröffnung des Parlaments.

### Warschau schmückt sich festlich.

Der Staatskomm. hat für die Stadt Warschau hat angeordnet, daß am Tage der Eröffnung des Sejm und des Senats die öffentlichen Gebäude in Warschau flaggen.

### Die bevorstehende Eröffnungsfeier.

Die Vorbereitungen in den Sejmälen für den Empfangsabend sind beendet. Die Säle sind mit Blumen und Bildnissen feierlich geschmückt. An dem Empfangsabend werden voraussichtlich etwa 700 Personen teilnehmen.

### Die nationale Arbeiterpartei gegen die nationalen Minderheiten.

In Warschau fanden in den letzten Tagen dauernd Beratungen der einzelnen Sejmfraktionen statt, wobei die Frage des Verhaltens der Fraktionen zu den Gruppen des Blocks der nationalen Minderheiten eine große Rolle spielte. Die Vertreter der N. P. M. aus den Województwa Polen und Pommern erklärt, daß sie unter keinen Umständen zu irgend welchen auch nur vorübergehenden Abmachungen mit den Vertretern der nationalen Minderheiten zu haben sein würden.

### Die Abgeordneten aus der neutralen Zone.

Die Wilnaer Sejmabgeordneten haben den Vorschlag gemacht den verfassunggebenden Sejm möchte in seiner letzten Sitzung eine Kodeklatur zur Wahlordnung annehmen, in der ausgeworfen wird, daß die in der neutralen Zone zwischen Polen und Litauen gewählten Abgeordneten durch besonderen Beschluß in den Sejm aufgenommen werden.

### Bildung des nationalen Volksverbandes.

Am Sonnabend saß die erste Bildung der nationalen Volksverbands angehörigen Abgeordneten und Senatoren statt. Den Vorsitz Professor Gąbiński. Besprochen wurde die allgemeine polnische Lage und einige Geschäftsaufgaben. Die Aussprache ergab den Beschluß, auf die Bildung einer polnischen Mehrheit im Sejm zur Bekämpfung des Einflusses der nationalen Minderheiten in wichtigen Staatsfragen hinzuwirken. Die Vertretung der Fraktion nach außen wurde den Abgeordneten Gąbiński, Grański, Marjan Senda und Julian Iordanowski übertragen.

### Die christliche Volkspartei und die christliche Bauernpartei

habe nach zweitägigen gemeinsamen Beratungen eine gemeinsame Fraktion im Sejm und Senat gegründet. Vorsitzender der Fraktion im Sejm ist Eduard Dubanowicz, seine Vertreter sind Alfred Chłapowski und Stanisław Świdziński. Den Vorsitz in der Senatfraktion führt Dr. Słubodziany, sein Vertreter ist der Senator Kasznica. Die Fraktion sprach sich für Bildung einer polnischen Mehrheit im Sejm aus.

### Die Vertretung der ukrainischen Ruthenen.

Wie die ukrainischen Blätter melden, findet in Komisji Beratungen in Wolhynien und im Powiatgebiet gewöhnlich ukrainischen Sejmabgeordneten und Senatoren statt. In diesen Beratungen, in denen der Abgeordnete Brzegozski den Vorsitz führt, nehmen 21 Personen teil. Der neu gebildete Fraktion traten auch einige russische Gründer bei. Es wurde beschlossen, auf ein Zusammensein mit den ostgalizischen Ruthenen hinzuwirken. Während der Beratungen traf ein Befreiungstelegramm von der ukrainischen Rada in Lemberg ein, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die ruthenischen Zeitungen halten diesen Besuch für eine Kundgebung für den Zusammenschluß der Ruthenen in Galizien mit den Ruthenen des Ostgrenzgebietes und sind der Ansicht, daß die Ruthenen aus beiden Gebieten eine gemeinsame Fraktion bilden werden.

### Ein Verständigungsausschuß des "Chijewa"-Verbandes.

Aus Mitgliedern des nationalen Volksverbands, der christlichen Demokratie und des christlich-nationalen Arbeiterklasse wird ein Verständigungsausschuß zur Aussprache über parlamentarische Fragen gebildet.

### Abgeordneter Korstanth

ist zusammen mit anderen oberösterreichischen Abgeordneten der christlich-demokratischen Fraktion beigetreten.

### Unterredung mit einem Sozialistenführer.

Der Warschauer Berichterstatter des "Dziennik Gospodarski" hat während der Vorstandssitzungen der Sozialisten dem Abgeordneten Barlicki einige Fragen über die Wahlen gestellt. Zu Beginn sagte der Abgeordnete Barlicki: Ich kann feststellen, daß die Wahlen vom 5. und 12. November dazu beigetragen haben, die Lage zu klären. Das Land hat sich entschieden in der Richtung erklärt, daß es nicht von den sogenannten Zentrumsgruppen regiert werden will. Der Erfolg der Parteien mit einem klaren Programm zeigt davon, daß die Bürger des Landes verlangen, daß

eine Politik nach einem genau abgegrenzten klaren Programm geführt wird. — Der Erfolg des Blocks der nationalen Minderheiten müßte die realitären Parteigruppen lehren, daß die den nationalen Minderheiten gegenüber getriebene Politik eine Absurdität sei, von der unser Land geheilt werden muß. Wodurch erklären Sie sich den Erfolg des Christlichen Verbundes der nationalen Einheit? — Die Liste 8 verdankt ihren Erfolg drei Faktoren:

1. den materiellen Mitteln, die mit unerhörter Ver schwendung auf die Agitation draufgingen;
2. den Geistlichen; die entgegen dem Willen des Papstes die Kanaken in den Dienst der nationaldemokratischen Agitation stellten;
3. der großen Unerfahrenheit der Landbevölkerung.

Ein Erfolg, der auf solchen Faktoren beruht, ist natürlich nur vorübergehend und verspricht keine längere Dauer. — Und was hat den Erfolg der sozialistischen Partei verursacht? Wenn ich von unserem Erfolge sprechen soll, dann werde ich auch die Niederlage der Nationalen Arbeiterpartei und der Kommunisten erwähnen. Der Erfolg der polnischen sozialistischen Partei und der unerhörte Misserfolg der Nationalen Arbeiterpartei (die sogenannten unabhängigen Sozialisten mit dem Führer Dobrower) als einer durchaus lächerlichen Gruppe ist kaum wert, erwähnt zu werden. Die Willensäußerung des polnischen Stadt- und Landproletariats, die davon zeugt, daß die Arbeiterpartei eine sozialistische Politik in strenger Bedeutung dieses Wortes, eine konsequente Politik sein muß, frei von der Unklarheit und Wan delmöglichkeit der Nationalen Arbeiterpartei oder der Streitkraft der Kommunisten. Aber wir werden vor der grundsätzlichen Programmpunkten unserer Politik noch vor der Eröffnung des Sejm sprechen.

### Pressestimmen.

Für die wichtigste Aufgabe des neuen Sejm und der neuen Regierung erklärt der "Urzer Informacyjn" die Verbesserung der Finanzen, die Gefundung der Valuta und die Be seitigung der Teuerung. Unter den bisherigen Finanzministern, sagt das genannte Blatt, war nur einer, der trotz mancher Fehler und persönlicher Schwächen noch bis heute das Vertrauen eines sehr großen Teiles und fast des ganzen Auslands besitzt. Das ist Herr Michalski, der jetzt als Abgeordneter in den Sejm einzieht. War er kein allzuweiter politischen Horizont, ist manchmal zur Unzeit ein Opportunist, versteht es nicht, den Wert der Leute zu erkennen und sie richtig zu behandeln und verliert sich zuweilen in Einzelheiten, worunter das Gesamtwerk leidet. Auf der anderen Seite aber besitzt er Vorfüge, die in Polen selten sind. Er glaubt an sein Ziel, besitzt eine ungeheure Arbeitskraft und eine große Lernfreudigkeit. Vonderlip hat von ihm zum polnischen Gefunden in Washington, dem Fürsten Lubomirski, gesagt, daß er der beste mitteleuropäische Minister sei, den er je kennen gelernt hätte. Wird aber Herr Michalski bereit sein, die Leitung des Finanzministeriums zu übernehmen, wenn die Herren Jaruzelski und Tazans ihrem Nachfolger nur eine Ruine übergeben werden? Polen ruft. Jemand muß sich aufopfern, in die Breche springen und kämpfen, — und müßte er nächst erschöpft zusammenbrechen.

"Urzer Wojsko" (poln. Volkspartei) schreibt: "Wir brauchen jetzt starke, entschlossene Charaktere und schnelle Entscheidungen. Der Sejm versammelt sich, hat einen Präsidenten zu wählen, einen Sejmarschall, hat die neue Regierung zu bilden. Gefämpft wird um die Demokratie in Polen, um ihren hervorragendsten Vertreter: Józef Piłsudski. Die Nationaldemokratie rüdt mit großer Furi in den Kampf. Siegen wird die Partei, bei der der stärkere Charakter und der stärkere Entschluß sein wird. Charakter kann man der Nationaldemokratie nicht absprechen, von allen Vertretern und Führern der Gegenseite kann man nicht dasselbe sagen. Der Kampf um Piłsudski ist kein Kampf um eine Person. Er selbst weiß das sicherlich genau. Die einzige Folgerung daraus ist: Aushalten ohne Rücksicht auf vorübergehende Müdigkeit und Unlust, ohne Rücksicht auf Schmiede noch Ruh. Solche Dinge können sich vorübergehend selbst des stärksten Mannes bemächtigen. Der Name Piłsudski ist eine Parole. Gegen ihn als gegen den stärksten Charakter wendet sich der Hass der Feinde der Demokratie. Ein solcher Hass ist ehrenvoll. Schon der Name Piłsudski muss im demokratischen Lager Einigkeit herbeiführen."

Das Programm der Sozialisten im neuen Sejm formuliert in der Freitagssitzung des "Robotnik" der Abgeordneten Mieczysław Niedziałkowski folgendermaßen: "Wir werden in erster Linie ein Verbot der Ausfuhr der wichtigsten Lebensmittel zu erreichen suchen. Ferner werden wir zu erreichen suchen, daß die Regierung aufhört, der Teuerungspolitik willenlos zuzusehen. Der Staat muß eingreifen und die Preise regeln. Solche Waren wie die Kohle und der Zucker müssen sowohl im Großhandel als auch im Kleinhandel höchstpreise haben, die vom Staat festgesetzt werden und nicht von monopolistischen Organisationen der Kohlen- und Zuckermagnate. Ferner muss der Staat in seiner Hand große Vorräte an Getreide und an anderen Lebensmitteln sammeln und im geeigneten Augenblick durch Vermittelung der Genossenschaften und der Städte auf den Markt werben, um dadurch ein Sinken der Preise herbeizuführen. Der Kampf mit dem Schleihandel und die Beaufsichtigung der Bahn- und der Genossenschaften, an deren Spitze Leute mit „angesehenem Namen“ stehen, muss praktisch verwirklicht werden. Den Leuten, die den Staat dem Abgrund zutreiben, muß eine eiserne Faust gezeigt werden. Gleichzeitig muß ein unerbittlicher Kampf gegen den leider schon tief eingewurzelten Einfluß des Großkapitals auf unsere Staatsbehörden geführt werden. Dieser Einfluß bewirkt, daß unsere wirtschaftlichen Behörden gewissermaßen Filialen der Fabrikaner und der Industrie werden. Die Finanzpolitik wollen wir auf direkte progressive Steuern stützen, auf sachliche Heranziehung der Vermögen und der Einkünfte der bestehenden Klassen in Stadt und Land. Das bisherige Verfahren nach dem Grundsatz des geringsten Widerstandes, das heißt die Belastung der Massen durch die indirekten Steuern und die strafliche Schonung der Bevölkerung, muß aufhören."

### Danziger Frühjahr vom 27. November.

Die polnische Mark in Danzig ..... 46  
Der Dollar in Danzig ..... 7500

Tendenz: fest.

## Der polnische Fasizismus.

Vor einem Rechtsputsch?

Die Blätter des Rechtblocks veröffentlichten einen Aufruf einer Region zum Schutz der Verfassung, der unter schärfsten Ausfällen auf die nationalen Minderheiten und besonders die Juden die polnische Regierung auffordert, keine Regierung aus den Reihen der polenfeindlichen Minderheiten über Polen zu dulden. Der "Rod Polski", Organ der Witospartei, behauptet, daß ein Putsch von Rechts für den 28. d. Nov., dem Tage der Sejmerröffnung, geplant sei.

### Ostgalizien vor einem Fasistenputsch?

Der "Kurjer Poznański" schreibt in seiner Nr. 31 (24. November) unter der Überschrift "Wahnsinnige oder Verbrecher?": „In den letzten Tagen haben die Militärbehörden bei sämtlichen Mitgliedern der Organisation „Der Schläger“ die Einziehung der zu Übungszwecken benutzten Waffen angeordnet. Wahrend dessen aber werden den Mitgliedern der Nationaldemokratischen Schürenorganisationen die Waffen belassen. Wenn man in Betracht zieht, daß unter den Soldaten des aktiven Heeres das Gerücht verbreitet ist, daß im Kürze eine Fasistenbewegung gegen die Regierung einzutreten soll, und daß ferner die Agitation der polnischen Fasisten in den Kasernen immer außäufiger betrieben wird, so erhält sich daraus die Schlussfolgerung, daß die Reichsnahme der Waffen eine nur zu zweitmäßige (?) Maßregel darstellt. Es wird bereits offen davon gesprochen, daß der Ausbruch einer Fasistenbewegung im östlichen Kleinpolen für den 28. November angekündigt worden ist.“

## Republik Polen.

### Die Kolonisation des Ostgrenzgebietes.

Das Kriegsministerium ist gegenwärtig mit der Aufstellung der Listen der Rekrutanten auf Ansiedlungsgrundstücke im Ostgrenzgebiet für das Jahr 1923 beschäftigt. Im Frühjahr 1923 werden ausschließlich solche Landwirte, die als Demobilisierte, Dekorierte oder Verwundete aus der polnischen Armee ausgeschieden sind, und zwar vorzugsweise Verheiratete, Ansiedlungsgrundstücke erhalten. Die durchschnittliche Größe der Parzellen beträgt, je nach der Größe des Bodens, 15 bis 45 Morgen.

### Die Besteuerung der Gehälter.

Das Finanzministerium empfiehlt in einem Umlaufschreiben den Behörden, die Steuern der Beamten und Angestellten bis zum Ende dieses Jahres nach dem Septembergehalt zu berechnen, so daß also die Bulagen für Oktober und November nicht in die zu versteuernde Summe eingerechnet werden würden.

### Beratungen über das Wechselrecht.

Die Zivilabteilung des Nobifikationsausschusses beendete am Sonnabend ihre Beratungen über das Wechselrecht und nahm in zweiter und dritter Lesung einen Entwurf an, der den Bankey, den Berichten und den Anwaltskammern zur Begutachtung vorgelegt wird. Nach Eintreffen dieser Gutachten wird der Entwurf dem Vollausschuß vorgelegt werden und dann dem Sejm zugehen.

### Albert Thomas in Oberschlesien.

Der Präsident des internationalen Arbeitsbüros beim Volksbund, Albert Thomas, der bei seinem Eintreffen in Katowitz vom Präsidenten Galion der, dem französischen Generalkonsul sowie von Vertretern der Stadtbehörden empfangen wurde, konferierte mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beider Teile Oberschlesiens und ist am Donnerstag 4 Uhr nachmittags nach Wien abgereist, von wo er sich nach Genf begibt. Anfang Januar begibt sich Präsident Thomas nach den Vereinigten Staaten und Kanada.

### Beschränkungen für Indien an der Warschauer Universität.

Warschau, 24. November. Die "Rzeczpospolita" meldet, daß am Donnerstag mittag eine Hochsitztagung stattgefunden hat. Nach Ansprachen der Delegierten der Lemberger und Krakauer akademischen Jugend sowie einiger Warschauer Studenten nahmen die Versammlungen einmütig eine Entschließung an, in der die Einführung des Numerus clausus in den polnischen Hochschulen mit Beschränkung der Sitzzahl der Juden auf 11 Prozent gefordert wird. Gegen die Entschließung sprach der Student Weinstein und der sozialistische Abgeordnete Bartlicki. Nach beendetem Tagung formierte sich ein tausendköpfiger Zug und begab sich zum Präsidium des Ministeriums, um dem Ministerpräsidenten den Beschluß der Tagung vorzulegen.

### Die traurige Lage der Ruthenen in Ostgalizien.

Der "Lodzer Freie Presse" entnehmen wir folgendes:

Unter der Überschrift "Ein schwerer Augenblick im völkischen Leben" lesen wir in Nr. 92 der in Lemberg erscheinenden ruthenischen Zeitung "Wolja Naroda" folgende erschütternde Schlußerscheinungen:

„Es hatte den Anschein, als würden die schrecklichen Massenhaftungen unter der russischen Bevölkerung Galiziens nach den Sejmewahlen aufhören und unser Volk nach der schwarzen Woche, die über ihm hing, aufzuwachen können. Es zeigte sich aber, daß die Verhaftungen fortgesetzt wurden und die Gefängnisse mit neuen Opfern füllten.“

Was in den Gefängnissen Lembergs und anderer Städte Galiziens vor sich geht, kann man sich kaum vorstellen. In Tarnopol wurde eine Schule in ein Gefängnis umgewandelt, und dorthin alle Verhafteten zusammengeschafft. Es wurden links und rechts ohne besondere Haftbefehle der Behörde auf eigene Faust Verhaftungen vorgenommen. In den Straßen Lembergs und anderer Städte Galiziens kann man Scenen sehen, wie sie zur Zeit der Verhaftungen im Jahre 1914 stattfanden, selbstverständlich nicht in solem Umfang wie damals.

Die Verhaftungen betreffen Geistliche, Schulleiter, Lehrer, Studenten und Landleute. Die "Lodz. Fr. Pr." bringt aus dem ukrainischen Blatt eine lange Reihe von Namen von Verhafteten. Keine Rücksicht wird auf das ehrenwürdige Alter genommen. So wurde der Pfarrer Mikita, ein 72jähriger Greis, von den Gedarmen arg gemitscht.

Am Morgen des Tages der Sejmewahlen wurde die Verhaftung des Pfarrers Theodor Grabek aus Lublow so wie von sechs angefeindeten Landwirten vorgenommen, natürlich ohne jede Angabe der Ursache. Die örtlichen polnischen Behörden waren darüber aufgebracht, daß in Lublow und Subenski nicht ein einziger Einwohner zur Wahl erschien. Die Verhaftungen der Gattin, daß Pfarrer Grabek gelöscht und ein Greis sei, halten nichts. Sein Sohn Bogdan, der damals vom Hause abwesend war, wird noch gesucht. Der Gemeindevorstand aus Lublow trieb in betrunkenem Zustande die Dorfbewohner zur Wahl und versprach ihnen ganze Börge Gold.

Aus Raumangel, so schließt das ruthenische Blatt seinen Bericht, können wir nicht alles beschreiben, was sich ereignet hat und was noch heute geschieht.

## Die Programmrede des Reichskanzlers Cuno.

Aus Berlin wird berichtet:

Die Reichstagsitzung, in der der neue Reichskanzler sein Programm vortrug, eröffnete der Reichstagspräsident mit der Mitteilung, daß als einziger Punkt auf der Tagesordnung die gegenwärtige Regierungserklärung steht. Reichskanzler Dr. Cuno erhob sich und entnahm einer roten Mappe ein Manuskript mit den programmativen Erklärungen, die er, mit starker Betonung, langsam, aber mit festem Stimme verlas. Raum hatte er sich von seinem Platz erhoben, als auf der äußeren Linken ihm die Worte zugesprochen wurden: „Aufsichtsrat der Stinnes-Gruppe!“ Dr. Cuno ließ sich nicht beeinträchtigen und begann unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses seine Ausführungen. Er erklärte u. a., daß der etatsmäßig vorgesehene Posten eines Ministers ohne Portefeuille (hogenannten Sprechministers) unbesetzt geblieben sei. Die unmittelbare Zusammenarbeit der Ressortminister mit den Parteien des Hauses will der Reichskanzler in keiner Weise unterbrechen lassen und praktisch zum Ausdruck bringen, wie sehr wir in einer Zeit leben, in der gearbeitet und nicht geredet werden sollte.

Wenn ich mit der so gebildeten Regierung vor Sie, meine Damen und Herren trete, so ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, meinem Vorgänger und seinen Ministerkollegen herzlichsten Dank für die Hingabe zu sagen, mit der sie die besten Kräfte dem Reiche widmeten, und mit der besonders der Herr Reichskanzler Dr. Wirth in all der schweren Zeit dem Vaterlande diente, durch nichts beirrt, was an Enttäuschungen vom Ausland wie leider auch an unverdienter Anweisung seiner besten Absichten im Innern ihm entgegentrat.

Die neue Reichsregierung steht nicht auf der breiten parlamentarischen Basis, die ich auf Grund des nun mehr zu erwartenden Programms, zu dem fünf Fraktionen dieses Hauses einheitlich Stellung genommen hatten, erwarten durfte. Meine Mitarbeiter und ich bedauern dieses auf das lebhafte, weil wir der Überzeugung sind, daß in den uns bevorstehenden Zeiten nur eine völlig einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte uns vor dem schwersten Unheil bewahren kann. Dazu berufen, auf dem durch die Verfassung gegebenen Boden der republikanischen Staatsform die Regierung des Reiches zu führen, hätten wir es begrüßt, wenn Mitglieder der größten Fraktion dieses Hauses sich zur aktiven Mitarbeit im Kabinett bereit gefunden hätten. Das ist uns verjagt geblieben, wohl aber können wir mit aller Aufrichtigkeit betonen, daß wir vom ersten Augenblick unseres Zusammentritts der Hoffnung Raum gegeben haben, es möge zum Besten unseres Landes zu einer der Gesamtlage entsprechenden verständnisvollen Zusammenarbeit mit dem Kabinett kommen, und es möge die Geist der positiven gemeinsamen Arbeit aller staatshaltenden Kräfte auf einem Boden zusammenführen. In der Hoffnung hierauf ist mir wertvoll, daß dem Kabinett eine Anzahl von Mitgliedern dieses hohen Hauses angehören. Dabei kommt es nicht darauf an, wie man auf Grund dieser Zusammensetzung das Ministerium parlamentarisch technisch bezeichnen will, sondern das ist das Wesentliche, ob das Kabinett in seiner Arbeit Ihre Zustimmung findet.

Diese Arbeit ist klar und schwer. Unser Deutschland, das der Menschheit so viel an höchsten Werten der Geistigkeit und Gewissheit und der Ausprägung besten Menschenwerts gegeben hat, soll im Umkreis gleichberechtigter Völker wieder ein sich selbst bestimmender, aus eigener Kraft und eigenem Rechte lebender Staat werden, nach außen in jenem Gleichlang des nationalen Selbstbestimmungsrechts mit dem gleichen Rechte der anderen Völker, der allein den in den Herzen gegündeten und daher dauernden Frieden der Menschheit verbürgt, nach innen einen Staat einer auf Leistung bezüglichen Wohlfaht, guter deutscher Gesittung und Kultur, des sozialen Friedens und der Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Der Weg zu diesem Ziele ist weit, viel weiter, als es drängender Ungebuld er scheint.

So wenig die tragische Frage der Schuld am Weltkriege für das richterliche Gewissen der Weltgeschichte durch irgend ein geschiedenes Wort entschieden werden kann, ebenso wenig Sinn hat es für uns, den Titel des verlorenen, nicht des verschuldeten Krieges zu leugnen. Das Wort: „Erst Brot, dann Reparation“ fügt die Politik der alten und der neuen Regierung ohne Bruch ineinander. Diese Politik ist die Politik der Selbsterhaltung der Nation, der Starfung der deutschen Wirtschaft und der bestmöglichen Leistung aus den Überschüssen, die sich nach Dedung des dringenden Bedarfs ergeben.

Kein Gläubiger, dem die Reparationsfrage eine Wirtschaftsfrage ist und nicht etwa ein Instrument mächtiger Absichten, kann dieser Politik entgegenstehen. Darum wird die notwendige Lösung des Problems um so eher erreicht werden können, je mehr die Frage vom wirtschaftlichen und praktischen Standpunkt aus betrachtet wird. Ich hoffe und glaube, daß die Einsicht von der Notwendigkeit einer solchen leidenschaftlosen und nüchternen Behandlungsweise sich auch in den Ländern unserer früheren Gegner immer mehr verbreite. Ich glaube insbesondere, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika, ohne deren Unterstützung eine Lösung mir nicht denkbar erscheint, die Annahmenahme der Aufgabe vom weltwirtschaftlichen Standpunkte aus Verständnis finden wird.

Gleichermaßen von solchen wirtschaftlichen Gedankengängen und in Übereinstimmung mit Wirtschaftsverständnissen der Welt hat die bisherige Regierung kurz vor ihrem Rücktritt einen bedeutenden Schritt nach vorwärts getan und durch die Note, die sie am 18. November dieses Jahres an die Reparationskommission gerichtet hat, und die die ausdrückliche Billigung der führenden Parteien fand, mit denen die Regierung verhandelt hat.

Im Namen der neuen Regierung gebe ich die Erklärung ab, daß die neue Regierung ohne Einschränkung auf den Boden dieser Note tritt und fest entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfange zu vertreten und zur Durchführung zu bringen.

Wir machen uns das Wort der Sachverständigen zu eisen, daß „Deutschland sich eine eigene aufbauende Politik schaffen muß, auch wenn damit Gefahren verbunden sind“. Diese aufbauende Politik muß das, was manchmal gegeneinander gestellt wurde, in einem Bilde vereinen, die grundfähige Politik der Wirtschaftsgesundung und entwicklungsfähige technische Maßnahmen der Wirtschaftsstützung. Zu jedem hat sich die Note vom 18. November bekannt. Auch die neue Regierung tritt deshalb dem bei, daß sofort eine vorläufige Aktion zur Hebung und Festigung der Mark eingeleitet und hierfür von der Reichsbank ein Beitrag von 500 Millionen Goldmark zur Verfügung gestellt werden soll. Das bedeutet ein schweres Opfer, das uns los vertan, die Verhöhnung der deutschen Währung befreien würde.

Aber es muß auch Grund zur Hoffnung auf Gewissheit gegeben sein, sonst würde der Mut zu einer solchen mit Gefahren verbundenen Politik zu unverantwortlicher Vermesstheit. Deshalb müssen auch wir mit allem Ernst alle Ausschreibungen der Note aufnehmen: insbesondere muß Deutschland auf drei bis vier Jahre von allen Wirtschafts- und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles befreit werden, wobei nur die Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete infoweit ausgenommen sein sollen, als sie ohne Vermehrung der schwelenden Schuld, das heißt aus laufenden Einnahmen der inneren Anleihen bestritten werden können; Deutschland muß weiter für die Stützungsalition

einen ausländischen Bankkredit von fünfhundert Millionen Goldmark erhalten. Auch muß Deutschland die Gleichberechtigung im Handelsverkehr wiederergeben werden, ohne die es nicht zahlungsfähig werden kann.

Not bedrückt auch die deutsche Geistesarbeit. Welches Gefahren hierin für die Kultur der Welt liegen, ist auch auf dem Auslande in hochwertigen Spenden anerkannt worden, für die das deutsche Volk dankbar ist. Aber auch das Reich wird tun, was es in seiner heutigen Lage kann, um angesichts der schweren Misstände die Kulturgüter Deutschlands zu schützen und seinen geistigen Besten vor dem Verfall zu bewahren; sie vertraut hierbei dem deutschen Geiste, der auch in Seiten wirtschaftlichen Niederganges auf freier Höhe geblieben ist.

Die Grundsätze höchster Leistung wie höchster Sparsamkeit wird die Regierung im besonderen im öffentlichen Haushalt durchführen. Was an Behörden entfehl werden kann, wird in bewußter Beschränkung der Staatsausgaben auf das unbedingt Notwendige abgebaut werden. Gehalts- und Lohnpolitik soll so sehr, als soviel möglich, gemacht werden. Damit soll der alte, gute Beamtengeist nicht beeinträchtigt, er soll vielmehr mannschafte drohende Gefahren gegenüber gesichert und neu entwickelt werden.

Es bedarf keiner Darlegung, wie unbedingt notwendig angesichts der Fülle der Ausgaben die höchstmögliche Steigerung der Reichseinnahmen ist. Dazu wird angestrebt werden, Steuererhebung, Steuererlassung und -Erhebung zu vereinfachen, die Steuer möglichst an der Quelle zu erlassen, die Veranlagung durch Ausbau des Dienstes immer zuverlässiger zu gestalten, die Einsicht zu beschleunigen und Sicherheit dafür zu gewährleisten, daß dem häufigen Schulden aus verdeckter Zahlung mit schlechter Mark ein Vorteil erwächst. Darüber, daß auch schwere Opfer der Leistungsfähigkeit nicht gescheut werden dürfen, ist die Regierung mit diesem Haufe einig.

Lassen Sie uns auch im Streit der Rechtsmöglichkeiten die Ehrlichkeit und die gute Absicht unserer Bemühungen gegenseitig anerkennen; denn uns allen kann um nichts anderes an mir sein, als um das Wohl des ganzen Volkes, seiner selbstständigen Schichten, seiner Geistesarbeiter wie auch der industriellen Schichten, seiner Arbeiterschaft, ohne deren freudige Mitarbeit Staat und Wirtschaft nicht adelehen können. Ich weiß, daß Deutschland des Verständnisses und des guten Willens bedarf, worauf es nach der Erfahrung seines Willens und der Größe vergangener und zukünftiger Leistungen ein Recht hat. Den nationalen und kulturellen Zusammenhalt mit den abgetrennten Gebieten im Auge, in dessen Pflege wir an den selbstbewußten Völkern unserer Kriegsgegner manches Beispiel haben, wird die Regierung ihre Kraft dem friedlichen Zusammenleben mit den Völkern widmen, aus deren Wirtschaftsbeziehungen Deutschland nicht ohne schwersten Schaden der anderen Völker gestrichen werden kann.

Das gilt für alle Länder Europas, ohne Ausnahme. Jeder, der zur friedlichen Zusammenarbeit bereit ist, ist willkommen.

Aber ebenso wird die Regierung sorglich alle überseeischen Beziehungen pflegen, insbesondere mit den großen Nationen, mit denen entweder zu werden das Unglück Deutschlands und Europas war.

Auch in diesem wirtschaftlichen Zusammenhang ist es wichtig, die Auslandsdeutschen, die durch Krieg und Friedensschluß schwere Elenden erlitten haben, in einem Form zu entschädigen, die bei aller Begrenztheit unserer staatlichen Mittel die Wiederaufnahme kultureller und ökonomischer Pionierarbeit ermöglicht. Es muß gelingen, das Entschädigungsverfahren auf eine möglichst geschäftliche Basis zu stellen, zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Was wir treiben werden, soll eine ehrliche, schlichte deutsche Politik sein, die nichts mit den Schlagworten einer Ost- oder Westpolitik zu tun hat. Solche Gegenüberstellung erweckt den Anschein, als wollten wir den Osten gegen den Westen oder den Westen gegen den Osten ausspielen. Dazu sind wir weder willens, noch imstande. Aus dem Unfrieden anderer Mächte wird Deutschland keinen Vorteil ziehen, sondern lediglich Nachteile verhängnisvoller Art erfahren.

Unser staatsrechtlicher Aufbau ist in mindestens neu und umstritten, auch im Verhältnis zu den Ländern. Ich bedauere es nicht, daß die Länder eine stärkere Lebenskraft zeigen als viele in den Jahren der Umwälzung schwanden. Ich freue mich dessen vielmehr, weil so Werte der Heimat- und Staatsgefühl entwidmet werden, die letzten Endes auch dem großen Reich zugute kommen. Darum wird die Reichsregierung aus Überzeugung die Rechte der Länder, wie sie bestehen, wahren, ihre verfassungsmäßige Mitarbeit an den Angelegenheiten des Reiches gerne pflegen und Wünsche nach freierer Entwicklung möglichst bis zu jener von keiner Reichsregierung überschreitbaren Grenze erfüllen, die die schon im Bismarckischen Reiche weit ausgebaute, notwendige Reichsgemeinschaft der deutschen Staatsbürger oder die Sicherheit des Reiches ziehen.

Wir glauben damit auch dem allgemeinen großen Ziel zu dienen, alles, was unser Volk aus einer reichen Geschichte an gutem altem Wesen, an religiösen und kulturellen Werten übernommen hat, mit dem, was die neue Zeit an Gutem bringt und an Notwendigem fordert, zu innerer Einheit zu verlösen in einer realpolitisch klug abwägenden, aber warm führenden, in Geschichte und Kultur unseres Volkes gegründeten wahrhaft deutschen Staatsgefühl.

Dies, meine Damen und Herren, ist der Geist, in dem wir die Arbeit beginnen. Ich suche Zustimmung und Mitarbeit hierfür, nicht um der Reichsregierung willen, von deren Mitgliedern keines sein Amt als Gunst des Schicksals betrachtet, sondern als Pflicht gegenüber der Not des Vaterlandes. Nicht um Personen und Worte geht es, sondern um unsere Arbeit und Tat, und darum werbe ich bei Ihnen, meine Damen und Herren des Reichstages, wie über die Fraktionen dieses Hauses hinaus bei unserem ganzen Volke, daß alle lebendigen Kräfte sich auf dieser einfachen Linie zur Rettung Deutschlands vereinigen.

Dieses Wort ist nicht zu stark, denn Deutschland ist in schwerster Gefahr. Wir wissen nicht, ob ihm aus übermächtigem Willen der vormaligen Kriegsgegner neue Not beschieden oder ihm ermöglicht sein wird, den Weg der Gefundung zu beschreiten. Für beide Fälle lassen Sie uns arbeiten an der Einheit unseres Volkes und der Tüchtigkeit seiner Leistung. Lassen Sie uns unserer inneren Einheit über manche Verhebung hinweg nun aufrecht und in der Tat bewußt werden. Was uns auch beschieden sein mag, unsere Arbeit wird nicht vergebens sein: Deutschland kann bedrückt und bedrängt werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt.

### Die Abstimmung für die Regierungserklärung.

Der Reichstag nahm den Antrag der Demokraten, in welchem die Erklärung der Regierung billigt wird, mit den Stimmen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Vereinten Sozialdemokratischen Partei an. Dagegen stimmten die Kommunisten und die beiden unabhängigen Sozialdemokraten, sowie die drei Deutschnationalen, welche sich vor kurzem von den Deutschen Nationalen getrennt hatten, ins-

gesamt etwa 14 Mann, so daß das Verhältnis ungefähr 400 gegen 14, zusammen in.

#### Die Berliner Presse zur Regierungserklärung.

Berlin, 25. November. (Tel.-U.) Die gestrige Regierungserklärung im Reichstag wird in allgemeinen von der gesamten Presse sympathisch begüßt. Nur der "Vorwärts" sagt etwas boshaft und unbefriedigt, daß die Erklärung gute Geheimratssarbeit ist. Es gab keine Reibung und keine Störung, und da nicht ins Feindspiegel getreten wurde, habe auch keiner Grund zu Vorwurf gehabt. Seinem Artikel gibt das Blatt die Überschrift: "Die neue Regierung in Bedrängnis." Auch das "Berliner Tageblatt" meint, daß alles in dem umfangreichen Programm so formuliert war, daß jeder, ob er nun rechts, links oder in der Mitte saß, ihm zustimmen könnte. Die Bemühungen Cuno's, die Kabinettstür möglichst weit nach links offen zu halten, sei unverkennbar gewesen. Die neue Regierung spinnne den Faden der Wirtschaftspolitik fort. Aus der zweifellos großen Stärke habe man sofort ein schief umrisstes politisches Antlitz sich gestalten können. Es wäre ein Abtauen mit Samtpüppchen nach allen Seiten hin gewesen. — Die "Positivische Zeitung" stimmt dem sachlichen Vorbehalt Dr. Breitscheids zu und betont, daß die Entscheidung, der der Reichstag zufügten wird, trotz der Zustimmung der Deutschnationalen dem Sinne nach das Bekenntnis zu der großen Linienfortsetzung der Politik Dr. Wirths sei, und nach diesem Ergebnis der Generalprobe Cuno's hänge alles davon ab, ob die Gleichung Cuno-Wirth ohne Bruch ausgehe. — Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" will die Taten der Regierung abwarten. Sie meint, daß keine Regierung nach ihrem Parameter zu beurteilen sei. — Dem "Volksanzeiger" aufgeht ist das, was das neue Kabinett dem Kabinett Wirth gegenüber an die Seite bringt, der Willen zu dem Versuch, zuzufassen und die Katastrophe durch Arbeit, auch wenn sie Gefahren bringt, abzuwehren. Die Lage sei so verzweigt, daß allerdings von mehr als einem Versuch von Möglichkeiten nicht die Rede sein könnte. — Der "Tag" sagt: Endlich eine Kanzerreiche, die nicht gleich jene ständige Atmosphäre parteipolitischen Gezänks verbreite. — Nach der "Deutschen Zeitung" hat der Tag mit einer Enttäuschung geendet. Die Enttäuschung heißt: Auch Cuno will weiter erfüllen. — Die "Kreuzzeitung" sagt, das Programm sei vorsichtig gehalten, und meint, daß Cuno sich recht bald wieder einigen müsse, mohin er den Kurs, besonders außenpolitisch, richten wolle. — Die "Deutsche Zeitung" glaubt, daß sich das Gefühl der Kreisuno nach der gestrigen Rede Cuno's, die sehr viel sachlicher wäre, als es der öffentliche Anschlag früherer Regierungskundgebungen gewesen ist, verstärkt habe.

#### Rücktritt des neuen Ernährungsministers.

Gegen den neuen Ernährungsminister Dr. Müller. Bonn wurden in der Aussprache über die Regierungserklärung besonders von dem Sozialdemokraten Dr. Breitscheid, befürchtet Angriffe gerichtet. Es wurde ihm vor allem zum Vorwurf gemacht, daß er einer der Führer der Bewegung zur Schaffung einer rheinischen Sonderrepublik sei. Anfolgendes hat auf Bunsch Dr. Müllers der Justizminister sofort eine Untersuchung vorgenommen, die eine Rechtfertigung der vaterländischen Bekämpfung Dr. Müllers ergab. Trotzdem aber hat der neue Ernährungsminister, da die so geschaffene Atmosphäre des Misstrauens ihm ein erschreckliches Schaffen nicht ermöglichen würde, seinen Rücktritt eingereicht, der auch vom Reichspräsidenten angenommen wurde.

#### Minister Deler an seine Beamten.

Der neue Reichsminister des Innern Deler begrüßte gestern die versammelten Beamten und Angehörigen seines Ministeriums. Außer dem Staatssekretär Kreiherrn v. Welser an ihm gerichteten Wort des Empfangs erwähnte der neue Minister, indem er in kurzen Sätzen ein scharf umrissenes Bild seines Arbeitprogramms entrolle. Er zeigte hierbei, daß das Reichsministerium des Innern das für den Schutz der republikanischen Verfassung verantwortliche Amt sei und sprach hieran anstehende Erwartungen aus, daß seine zukünftigen Mitarbeiter sich für die Republik nicht nur lippenmäßig erklären, sondern diese Staatsform durch tatsächliche Arbeit freudig unterstützen möchten. Er schäfe ein offenes Wort, hoffe, Intrigen, verlangt Pflichterfüllung bis zum äußersten und hoffe mit allen, die darin mit ihm eines Sinnes seien, vertrauensvoll zusammenarbeiten zu können.

#### Die Vorbereitungen für die Brüsseler Konferenz.

Vorige Woche hat Poincaré die belgischen Minister Theunis und Gaspar empfangen, um über die Vorbereitungen der Brüsseler Konferenz mit ihnen zu sprechen. An zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß bisher keinerlei Beschlüsse in dieser Hinsicht gefasst wurden. Man glaubt hier, daß die Verbündeten von der Brüsseler Konferenz eine Vorbesprechung abhalten werden. Es gilt in Paris für sicher, daß die Brüsseler Konferenz gegen Ende des Monats eröffnet wird.

**Poincarés und Morgans Standpunkt unvereinbar.**  
Paris, 25. November. (Tel.-U.) Theunis und Gaspar sind darauf einig, daß die belgischen Minister in Paris den Eindruck gewonnen haben, der Abstand zwischen der von Frankreich vertretenen Auffassung in der Reparationsfrage und der Ansicht der von Morgan geführten Finanzkreise, ohne deren Mitwirkung das Reparationsproblem nicht gelöst werden kann, sei noch zu groß, als daß die Einberufung der Brüsseler Konferenz Aufsicht auf Griechenland geben würde. An französischer Zuständiger Seite wurde gestern abend offen erklärt, daß die gestrigen Belehrungen ergebnislos geblieben seien, und ein gewissen Unbehagen zurückgelassen hätten.

#### Mussolinis Stellung zur Reparationsfrage.

Lausanne, 24. November. Der Korrespondent des "Gärtner" hatte, eine Persönlichkeit aus der Umgebung Mussolinis zu sprechen, erhielt von diesem die Erklärung, Mussolini habe Poincaré gefragt, ob er die Macht zu besitzen gedenke. Poincaré antwortete, er besitze sich jetzt vor allem mit der Brüsseler Konferenz und mit einer friedlichen Regelung der Reparationsfrage. Die Ruhmäthe erst in letzter Linie dran, wenn man kein anderes Mittel mehr habe, und wenn "der böse Wille Deutschlands endgültig zutage trete". Mussolini erklärte sodann, daß er nichts einzubringen hätte, wenn man gegen Deutschland zu Taten übergehen würde. Hervor verlongte Mussolini aber, daß die Reparationskommission selbst einen endgültigen Plan entwerfe, nach dem man wirklich handeln könne und müsse.

#### Rücktritt Bradburys?

Paris, 23. November. Wie von diplomatischer Seite verlautet, hat der britische Vertreter in der Reparationskommission vom neuen Kabinett die Anweisung erhalten, die französischen Ansprüche in der Reparationsfrage bis zur äußersten Grenze zu unterstützen. In der morgigen Sitzung befindet sich eine Besprechung mit Bonar Law. Sir John Bradbury seine Bedenken gegen diesen Wechsel des englischen Standpunktes in der Reparationsfrage vorbringen und begründen. Falls das Kabinett auf seinen Anweisungen im Gegensatz zum Standpunkt Bradburys beharren sollte, ist es nicht ausgeschlossen, daß Bradbury zurücktreten wird.

#### Keine Brüsseler Konferenz?

Paris, 25. November. Nach dem "Vorwärts" erscheint es nach den Unterredungen die zwischen Poincaré und Theunis stattgefunden haben, als sehr unbestimmt, ob die belgische Regierung überhaupt die Einladungen zur Brüsseler Konferenz versenden wird.

#### Aus England.

**Die Aussprache über die Thronrede.**  
London, 25. November. (Tel.-U.) Die gestrige Aussprache über die Thronrede in der üblichen Weise. Namhafte Macdonald erklärte, Bonar Law spielt eine doppelte Rolle, zuerst als eines der verantwortlichen Mitglieder der früheren Regierung und dann als Haupt der neuen Regierung, und ist nur in der Lage, seine eigenen früheren Taten zu kritisieren. Die Erklärung der Thronrede über die Arbeitslosenfrage sei für die Arbeiterpartei sehr unbeschreiblich. Diese unchristliche Thronrede finde in ihr keine wirkliche Würdigung. Die Arbeiterpartei sei an den Verbesserungsmaßnahmen wie die Arbeitslosigkeit, die die frühere Regierung unterstellt, nicht interessiert. Sie werde sehr bald durch einen Abänderungsantrag zeigen, was getan werden könne. Er bezüglich Bonar Law und seine Regierung dazu, daß sie an der Herstellung des Vertrages von Sèvres teilgenommen hätten, der eines der größten Denkmäler menschlicher Torheit und Eitelkeit sei. Macdonald fragte weiter, welches die Haltung der Regierung gegenüber Russland sei, ob sie beabsichtige, Russland als vollberechtigten Teilnehmer an den Frieden an anzuerkennen oder nicht. Die Arbeiterpartei erkenne an, daß in Russland die verborgene Hand der Petroleuminteressenten tätig und sehr mächtig sei.

Bonar Law erklärte in seiner Antwortrede zunächst über die auswärtigen Angelegenheiten, er bedauerte, sagen zu müssen, daß er so gut wie gar keine Auskunft geben könne. Es gingen sehr leicht Verhandlungen, aber bestände keine Geheimdiplomatie. Wenn getragen werde, was das Ziel der Regierung sei, so erkläre er, ihr einziges Ziel sei der Friede. Er sei dankbar, sagen zu können, daß bisher alle Aussichten bestanden, ihn durch das einzige mögliche Mittel, nämlich durch Vereinbarungen mit den Alliierten England, zu erhalten. Über den irischen Vertrag sagte Bonar Law, Cosgrave erklärte ihm längst: Ich kann den britischen Volk die Sicherung geben, daß das irische Volk in jedem Falle entschlossen ist, den Frieden zu wahren. Er kann nur gewahrt werden durch die Ausübung des Vertrages von beiden Seiten. — Bonar Law erwähnte noch Großbritannien wünsche nicht, in Mesopotamien zu bleiben, soweit dort auch zu finden sein möge. Es habe gewiß Verpflichtungen, denen es sich nicht entziehen könne, und die jetzt von der Regierung erworben würden. Er hoffe, daß Haus werde in der Lage sein, sich auf nicht lange nach dem 6. Dezember zu vertagen.

Nach Bonar Law erging Asquith das Wort.

#### Morel für ein Moratorium und gegen die Rheinlandpläne.

London, 25. November. (Tel.-U.) Im Laufe der Debatte über die Thronrede erklärte der Abgeordnete Morel u. a., daß, wenn Deutschland kein Moratorium gewährt würde, es wirtschaftlich ebenso zusammenbrechen werde wie Österreich. Doch werde jeder Versuch, das Rheinland als Gegenleistung für ein Moratorium zu bezeichnen, den Widerstand der Arbeiterpartei finden.

#### Zweifel an dem Einverständnis Bonar Laws mit der Gewaltpolitik.

Paris, 25. November. Die belgischen Minister haben, wie man erfährt, Poincaré wissen lassen, daß sie vorläufig noch die rechte Gewalt haben müßten, ob Bonar Law tatsächlich sich der Gewaltpolitik rücksichtslos anschließen wird. Man weiß, welchen Wert Frankreich auf diese Konferenz legt. Das hat auch Poincaré gestern wiederholt betont. Die geplante Konferenz der Alliierten wird in Paris stattfinden. Mussolini hat seine Teilnahme hierzu bereits zugesagt. Erst danach werden die offiziellen Einladungen zu der Brüsseler Konferenz ergeben.

#### Einrichtung eines Führers.

London, 25. November. (Tel.-U.) Ernest Childers, einer der bevorragendsten Männer der Sinnfeiner, ist gestern morgen von Soldaten des irischen Freistaats standrechtlich erschossen worden. Das Kriegsgericht in Dublin hatte ihn zum Tode verurteilt, da bei seiner Verhaftung eine automatische Pistole in einem Bett gefunden wurde, ohne daß er einen Waffenschein besessen hätte. In diesem Umstand hatten die Behörden, in ihrem Bestreben in Irland die Ordnung wiederherzustellen, ein Kapitalverbrechen erdacht. Wegen ähnlichen Vergehen sind bereits 4 andere irische Gejagte erschossen worden.

#### Die Konferenz von Lausanne.

##### Die Grenzen der Türkei.

**Lausanne, 25. November.** In der Frage, mit der die Orientkonferenz begann, in der Frage der europäischen Grenzen der Türkei scheint Ankara bisher gar keinen Erfolg erzielt zu haben. Die erste Kommission ist gestern nachmittag von dem Bericht der Unterkommission Kenntnis genommen und behält sich die Entscheidung über die Frage vor, ob die ewige Militarisierung des Grenzreiches unter eine bestimmte Garantie gestellt werden soll. Die Hauptfrage in der geistigen Nachmittagssitzung war die Grenzfrage, die heute vormittag 11 Uhr weiter besprochen werden soll. Die gestrige Aussprache soll bereits klar haben erkennen lassen, daß die Türkei sich mit der Abhängigkeit ihrer meisten ihrer Forderungen möglicherweise zufrieden geben werde, daß sie aber unbedingt auf die Einbeziehung von Karagassi in das türkische Gebiet von Adrianopel bestehen will.

#### Der Zusammenschluß der Balkanstaaten.

Paris, 24. November. (Tel.-U.) Von hier aus betrachtet, ist die augenblickliche Lage in Lausanne etwa folgende: Die Bedeutung des Zusammenschlusses der Balkanstaaten einschließlich Bulgarien, der in der Initiative von Ningiz, wird hier keineswegs überschätzt, andererseits aber auch als bedeutsam genug anerkannt. Um die Unzufriedenheit der Türken darüber zu beruhigen. Der Tempy heißt sich zwar offiziell zu bestätigen, daß Frankreich eine möglichst rasche Einigung wünscht, andererseits aber haben die Türken den mehr oder weniger wahren Versprechungen von Franklin Roosevelt zu stark vereinbart zu stark vereinbart beigelegt und sind daher jetzt doppelt enttäuscht. Die Türken sind besonders darüber ungeduldig, daß ihnen sowohl seitens der Alliierten als auch seitens der kleinen Entente hinsichtlich ihrer Forderungen eine geschlossene Front entgegengestellt wird. Sie wollen sich aber keinen Frieden aufzwingen lassen, sondern als gleichberechtigte Sieger über neue Friedensvorschläge anstelle des Vertrages von Sèvres mitheraus. Besonders ungeduldig sind sie auch über die Intrigen von Venizelos. Zihm und Lord Curzon, schreiben sie es hauptsächlich zu, daß Ningiz übrigens in vollen Einverständnis mit Venizelos die kleine Entente und die Balkanstaaten fest zusammenschließen konnte.

#### General Herrington droht den Türken.

London, 25. November. Ruter meldet aus Konstantinopel: General Herrington sagte auf einer Versammlung von Soldaten und Seelen, die Türken hätten die Stellung der Briten, die einen Teil der alliierten Bevölkerungsstreitkräfte bildeten, bedroht. Angesichts der Anhänger britischer Kriegsschiffe, Truppen und Flugzeuge wolle er die Türken warnen darauf hinzuweisen, daß die Generalität der Alliierten eine Grenze habe. Die Türken würden gut tun, wenn sie aufzuhören mit dem Feuer zu spielen.

#### Rifat Pascha seines Amtes enthoben.

London, 25. November. "Times" zufolge ist Rifat Pascha seines Amtes als Gouverneur Konstantinopels entthoben worden, weil er keine besseren Maßregeln getroffen hat, um die Flucht des Sultans zu verhindern, und weil seine Haltung den Alliierten gegenüber zu entgegenkommen gewesen sei. Rifat Pascha werde jetzt nach Österreich gehen.

#### Sowjetrussland.

##### Das wiedererwachende gesetzliche Leben.

Bandsdirektor Emil Wittenberg von der Darmstädter "Bayer" sagte einem Vertreter der "Positiven Zeitung" nach einer soeben beendeten Informationsreise durch Russland folgendes:

Wer Moskau seit einem halben Jahre nicht gesehen hat, muß über die schnelle Entwicklung erstaunt sein, die das gesetzliche Leben in dieser knappen Frise genommen hat. Während sich damals die Magazine in den Hauptverkehrsstraßen nur recht düstig ausnahmen, zeigen sie heute eine große Auswahl. Erfreulicherweise steht man daselbst, was industrielle Artikel anlangt, vielfach auf deutsche Waren. Bezeichnend ist auch die überaus reichhaltige Versorgung der Lebensmittelgeschäfte. In den Abendstunden hebt sich das Bild noch dank einer ausgeweiteten Straßenbeleuchtung, um die Berlin-Moskau bereichern könnte. Überall gewinnt man den Eindruck, daß sich wieder unzählige lebhafte Hände regen und daß jeder, der arbeiten will, Beschäftigung hat; Bettler machen sich nirgends aufdringlich bemerkbar.

In jedem Falle spricht das Moskauer Straßenschild für ein neues Aufblühen des Kleinhandels. Der Großhandel ist einstweilen dahinter zurück. Die unübersehbaren Wagenzspannen mit schweren Warenballen, die vor dem Kriege Moskau-Straßen bewohnten, fehlen noch. Aber auch der Großhandel wird — das läßt sich voraussehen — dem Aufschwunge des Kleinhandels folgen, sobald er die Lösung der Kreditfrage, namentlich im Verkehr mit dem Ausland, vorwärtsgekommen ist. Dazu ist die Rückkehr des Vertrauens des Auslandes nötig, und sie wiederum hängt davon ab, daß die kommunistischen Wirtschaftsindustrien aufgegeben werden. Tatsächlich sind die Russen schon nach der kapitalistischen Seite abgeschwenkt. Sie bauen nach kapitalistischen Grundsätzen wieder auf. Es muß den Russen dabei immer klar werden, wie sehr es in ihrem eigenen Interesse liegt, daß sie die Kreditverträge usw., die sie mit Ausländern abschließen, auch voll innerhalb halten.

Freilich muß sich heute jeder, der mit den Russen Geschäfte machen will, darüber klar sein, daß er es mit dem neuen Russland zu tun hat. Unter dem alten Russland befindet sich ein dicker Strich. Wer das außer acht läßt, erlebt schwere Enttäuschungen!

#### Die Vorbereitung des deutsch-russischen Handelsvertrages.

An der Vorbereitung des deutsch-russischen Handelsvertrages arbeiten, wie der "Ost-Express" erfährt, zurzeit in Moskau die technische Plankommission und eine interessentliche Kommission von Fachleuten und ferner in Berlin ein Ausschuß bei der hiesigen sowjetrussischen Handelsvertretung. Diese Vorbereitungen dürfen noch einige Wochen in Anspruch nehmen, so daß nicht vor Januar 1923 mit dem Beginn der unmittelbaren Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und der russischen Regierung zu rechnen ist.

#### Die deutsch-russische Handelsgesellschaft.

Der kürzlich mit Beteiligung des Otto-Wolff-Konzerns gegründeten deutsch-russischen Handelsgesellschaft ist bereits der erste Auftrag von der Sowjetregierung erteilt worden. Die Gesellschaft hat mit der umgehenden Ausführung des Auftrages, nach einer genauen Liste begonnen; der erste Transport wird voraussichtlich Anfang Dezember nach Russland gehen. Die Gewinne der Gesellschaft werden folgendermaßen verteilt: Bei einer Dividende, die 40 Prozent des Grundkapitals (30 000 Pfund Sterling) nicht übersteigt, wird der Gewinn zur Hälfte zwischen dem Otto-Wolff-Konzern und der Sowjetregierung verteilt; bei darüber hinausgehendem Gewinn 75 Prozent der Dividende an die Sowjetregierung, 25 Prozent an den Konzern.

#### Deutsches Reich.

\*\* Die Erhöhung der Beamtenbezüge. Die Besoldungsverhandlungen zwischen der Regierung und den Spikenorganisationen der Beamten haben das Ergebnis gehabt, daß ab 16. November der prozentuale Leverungszuschlag zu Grundgehalt, Ortszuschlag und Kinderzuschlag von 49 auf 120 Prozent erhöht und der Frauenzuschlag verdoppelt wird. Damit erhöhen sich, wie die Telegraphen-Union erfährt, die Gesamtbezüge der Beamten ab 16. November auf 48 Prozent. Der Reichstag wird sich mit der Regierungsvorlage freilich kaum vor Anfang nächster Woche befassen können. Man hofft deshalb, daß das Reichsfinanzministerium inzwischen schon Vorschläge auf das neue Abkommen oder auf das Dezembergebot des Beamten zulassen wird. Eine Regelung der Sonderzulagen für Beamte in besonders teuren Orten soll möglichst bald erfolgen. Augenscheinlich erhalten Beamte in etwa 44 großen Städten wie Berlin, Hamburg, Köln, Essen, Ludwigshafen u. a. einen 10 prozentigen örtlichen Sonderzuschlag zum Grundgehalt, Ortszuschlag und den Kinderzulagen. Die Organisationen sind mit der prozentualen örtlichen Sonderzulage nicht einverstanden, um so mehr, als die Arbeiterschaft in besonders teuren Orten durch eine entsprechende Erhöhung des Stundenlohns in dieser Hinsicht weit besser gestellt ist. Bisher haben in dieser Sache schon mehrere Verhandlungen stattgefunden, aber noch keine hat ein befriedigendes Ergebnis gehabt.

\*\* Scheidemann-Prozeß am 4. Dezember. In der Anklageschrift gegen den Kaufmann Hans Hüstert und den Landwirt Karl Oehlschläger wegen versuchter Ermordung des Oberbürgermeisters Scheidemann hat der Staatsgerichtshof Berlin am 4. Dezember, angefechtet. Die Dauer des Prozesses, zu dem vierzehn Zeugen und zwei Sachverständige geladen sind, wird auf drei Tage angenommen. Die Angeklagten bestreiten zwar jede Beziehung zu Scheimorganisationen. Doch dürfte nach Meinung des "W. L." die Verhandlung eine Reihe von Momenten aufzutragen, die die Beziehung der Angeklagten zu der Organisation C sowie zu anderen geheimen blinden, deutschen und ausländischen Bünden, außer Frage stellen.

#### Aus aller Welt.

Amerikanische Note an Frankreich. Aus Washington wird gemeldet, daß die amerikanische Regierung eine Note an die französische Regierung vorbereitet, worin diese aufgefordert werden soll, eindeutig zu erklären, in welchem Umfang sie bereit sei, die Abrüstungsverordnungen des Washingtoner Abkommens einzuhalten. Dieser Schritt soll veranlaßt werden durch eine Erklärung des früheren französischen Ministerpräsidenten Legras, wonach Frankreich nicht in der Lage sei, dieses Abkommen zu ratifizieren.

Frankreich gegen das Washingtoner Abkommen. Der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der ehemalige Ministerpräsident Legras, erklärte in einem Bericht, der im "Chicago Tribune" gewährten Interview, der Ausschuss würde in seinem Bericht sich gegen die Ratifikation der Washingtoner Abmachungen aussprechen. Die Kommission lehne den gleichen Flottenbestand mit Italien ab, weil Frankreich von zwei Meeren begrenzt sei und das ungeheure Kolonialreich besitze, das 18 Stunden von Marseille entfernt läge, und seine Verbindungswege schützen müsse. Der Ausschuss erhebe energisch Einspruch gegen die Art und Weise, in der die französische Tonnage festgesetzt sei, denn man stütze sich dabei auf das gegenwärtige Verhältnis, anstatt

Statt Karten.

Wir haben uns in Deutschland verlobt und grüßen als Verlobte alle Freunde und Verwandte

Melita Wende  
Alfred Scholz

Unser Herr Jesus ist der Dritte unter uns.

Zabno  
(Hirschdorf)

Kl. Kirchen  
(Schlesien)

Margarethe Jaensch  
Gustav Schwarz

Verlobte. [4180]

Rogozno, im November 1922.

Achtung!  
**Auswanderer!**

Habe ein Grundstück in Berlin, massiv und modern gebaut, in guter Geschäftsstraße mit Laden und Kino preiswert zu verkaufen, zahlbar auch hier in poln. Mark. — Offeren un. z. m. 4184 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

**Deutscher Motor**  
3—4 p. s. 1913 erbaut, 1 Jahr im Betrieb gewesen, fadellost erhalten, steht zum Verkauf.

**Woldemar Günter**  
Landw. Maschinen u. Bedarfssachen  
Fette und Öle.

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 8.  
Telephon 52—25.

Verkaufe gut erhaltenen  
**Dampfdreschsaß (LANZ)**  
10 Atmoph., mit Presse, erbaut 1915; desgleichen einen neuen, 10 Centner hebenden  
**Flaschenzug.**  
Offeren un. 4176 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Kaufe  
**Pianinos**  
und zahle die höchsten Preise.  
Offeren „Hotel Monopol“.

Trockenes [4161]  
**Brennholz,**

eine tausend Km., in größeren und kleineren Posten zu sofortigen Lieferung hat abzugeben  
A. Löwissohn, Poznań, Zwierzyniecka 27. Tel. 5080

Ausschneiden! Ausschneiden!  
Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit  
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
für den Monat Dezember 1922

Name .....  
Wohnort .....  
Postanstalt .....  
Straße .....



Herrn verschrieb plötzlich unser innig geliebter Vater  
**Johannes Willebrordus Aloisius Kuster**  
im Alter von 44 Jahren.

Die trauernden Kinder.

Starołęka, den 25. November 1922.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 28. November, nachm. 1/2 Uhr von der Kapelle des Kath. Friedhofs in Dąbie statt.

## TEATR PALACOWY

Täglich

### Die Ketten der Liebe.

Ergreifendes Drama in 5 grossen Akten. Erzeugnis der berühmten amerikanischen „Goldwyn Pictures“ in New York.

In der Hauptrolle der berühmte Kinostern: Pauline Frederick.

Anfang der Vorstellungen: wochentags um 4, 6 und 8 Uhr, Sonn- und Feiertags um 4, letzte Vorstellung um 8 1/2 Uhr.

## Oberschlesische Steinkohle

in jeder Menge und zur sofortigen Lieferung gebe ab

[4190]

### Emil Blum, Opalenica.

Telephon 33.

Kauen jeden Posten

## Press-Stroh

ebenfalls Fichte und Altpapier.

Wielkopolska Papiernia Tow. Ake., Bydgoszcz.

Telephon 1149. — Telear. Adresse Papirus.

## Rainit

12—15%

## Rali

20—40%

### Chilisalpeter, schwefel. Ammoniak

sofort lieferbar, offeriert, da günstiger Einkauf, billig

### Emil Blum, Opalenica.

Telephon 33.



Ein wasserfester Hochglanz ohne Gleichen, ist durch

**Urbin**  
nur zu erreichen!

Hersteller: Urbin-Werke Chemische Fabrik  
G. m. b. H., Danzig, am Troy.

## Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 28. 11., abends 7 1/2 Uhr: „Die Jädin“, Oper von Halevy.

Mittwoch, den 29. 11., abends 7 1/2 Uhr: „Carmen“, Oper von Bizet. Gastspiel J. Lachowska.

Freitag, den 1. 12., abends 7 1/2 Uhr: „Maskenball“, Oper von Verdi.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejsbrowski ulica Fredry 1.

## Kaufe Pianino

gebracht, gut erhalten. Ges. i. c. u. telefon. off. u. G. 2716 an Wielkopolska Agencja Reklamy, sw. Marcin 40. Tel. 2255. (425)

Gut erhaltener, großer

## Teppich

zu kaufen gesucht. Offeren mit Preisangabe unter G. 25 an den Angreifer. Bojanowo.

Gebräuch Hollstuhl  
zu kaufen gesucht. Ang. mit Preisangabe u. R. S. 4133 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erh.

Sehr gut erhaltene

## Kinder-Spiel Sachen

(für 8—12 jähr. Kinder), aus Privat hand zu kaufen gesucht. Birner, Poznań, Polna Nr. 3 III. (4111)

Dienstag, 28., abends 8 Uhr  
Saal des Vereins  
junger Kaufleute

Dichterabend  
Eberhard König - Berlin

Vortrag aus eigen. Dichtungen

Karten zu 450 u. 300 M.  
Mi. 29. 9., 4 1/2, Schw.  
Kaffeestl., 7 1/2, I. Brmh.  
Abschieds. (4153)

Studentin (Barthauerin) erteilt poln. Unterricht  
G. s. Offeren unter N. 4195 an die Geschäftsst. d. Bl. erh.

Gebildeter, vielseitig erfahrener, arbeitsfreudiger Herr Baumeister — Mitte 40, möchte sich mit ca.

8 bis 10 Millionen an gesundem Unternehmen beteiligen. Eventl. übernahme geeigneter Stellung. Angebote unter 4170 an d. Geschäft. d. Bl.

Landwirt,  
Ende 40er. Witwer evangel. polnisch und deutsch sprechend, Kriegsveteran. Besitzer einer größeren Landwirtschaft mit größerem Vermögen. sucht

Lebens-Gefährtin  
im Alter von 35—45 Jahren, Witwe ohne Anhang nicht ausgeschlossen. Offeren mit Bild und Ansage der Verhältnisse unter M. 3016 an d. Geschäftsst. d. Blattes erh.

Tausch.  
In Zabłotowo b. Poznań wird ein massives Haus, 2 Zimmer u. Küche, Stallung, 2 1/2 Morgen Land, 56 Obstbäume, gegen ein gleichwertiges Objekt in Deutschland zu tauschen. Offeren an die Expedition d. Blattes u. 4172. Gebote unter R. 4192 an die Geschäftsst. d. Bl.

Für alle aus Polen auswandernden Deutschen werden  
Heimatscheine u. Einbürgerungsrecht prompt besorgt durch

C. B. „Express“, Bydgoszcz, Jagiellonska 70.  
Zweiggeschäft Schneidemühl: Bismarckstr. 18, Bahnhof  
Posener Straße 17.

alte Kinder-, Sport- und Puppen-Wagen,  
sowie Verdecke werden neu bezogen.  
Rajer, ul. Szwedzka 11.

## Treibriemen

Leder Kamelhaar, Hahn

Sander Prathuhn

Mant. u. Deweryna Mielzyński 23. Telefon 4019

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 27. November.

## Woher kommen die Phantasiepreise für den Zucker?

Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß der gegenwärtige Zuckerpriß von 700—750 M. das Pfund für die Allgemeinheit einfach unerträglich ist, da es sich dabei um das 3500- bis 3750 fache des Friedenspreises handelt. Dieser Preis wird z. St. wohl ausschließlich nur noch von den überdeutschen Steinkohlenpreis überholt, indem man hier für den Ztr. 5000 M. zu bezahlen hat, d. h. also das 5000 fache des Friedenspreises. (In Deutschland kostet der Ztr. Steinkohlen gegenwärtig 1250 M. deutsch, man dürfte unter Umrechnung der Valuta demnach gegenwärtig dafür in Polen nur 3000 M. volm. zahlen). Inzwischen haben wir Außerungen der Zuckerkleinhändler und Großhändler über die von ihnen zu zahlenden Einkaufspreise (650 bzw. 615 M. für das Pfd.) veröffentlicht und dadurch zur Klärung der Lage beizutragen. Auffälligerweise hat sich die Zuckerbank zu der Angelegenheit bisher noch nicht geäußert. Dieses Schweigen spricht allerdings sehr deutlich, wenn damit folgende Angaben des Verbandes der Kaufleute in Pommerellen in Verbindung bringt, die in polnischen Blättern veröffentlicht:

Wir müssen noch bemerken, daß, um einen Waggon Zucker aus der Zuckersfabrik zu erhalten, man sich vorher mit dem ganzen Betrag (für einen ganzen Waggon), d. i. ungefähr 13 Millionen Mark, nach der Zuckerbank in Posen begeben und diesen Betrag gleich bei der Bestellung einzahlen müßt. Sodann wartet man acht, im günstigsten Falle aber fünf, Wochen, bevor man den Zucker auf Lager bekommt, selbstverständlich aber auch erst nach zahlreichen Mahnungen. Depeschenschwesel, Telephongespräche usw.

Es wird sich einem unwillkürlich die Frage auf, zu welchem Zweck eigentlich die Zuckerbank gegründet wurde, da doch der Zucker im freien Handel zu haben ist und die Funktionen der Zuckerbank ganz gut auch jede Zuckersfabrik erledigen könnte? Es liegt doch klar auf der Hand, daß jede Zuckersfabrik dies alles bedeutender schneller und besser erledigen würde. Leider aber ist die Zuckerbank nichts weiter, als ein sog. Käffler Trust der Produzenten. Wenn es keine Zuckerbank geben würde, so wüßt sich zwischen den Zuckersfabriken eine freie Konkurrenz herzustellen, und in vielen Fällen müßte dann auch ein Sinken der Preise eintreten. Es muß doch einem jeden ins Auge fallen, welch bedeutsamen Einfluß auf die Preise des Zuckers eine derartig kostspielige Vermittelung, wie der Unterhalt der Zuckerbant in Posen, haben muß, was zur Folge hat, daß die Verbraucher bedeutend mehr für den Zucker zahlen müssen, als es in Wirklichkeit kostet. Im laufenden Jahre werden wir höchstwahrscheinlich erheblich mehr Zucker produzieren, als im vergangenen Jahre, müssen aber trotzdem den Zucker um 150 Prozent teurer bezahlen als im vergangenen Jahre. Es ist dies wirklich eine höchst ungemeine Erhöhung.

Auf diese Art und Weise wird in unseren Wirtschaftsverhältnissen niemals eine Gewindung eintreten, und wir werden stets Zeugen einer Steigerung der Preise sein müssen, wenn in gewissen Kreisen eine so große Habgier in der Richtung der Erzielung größtmöglicher Gewinne herrschen wird.

Obige Ausführungen erklären zur Genüge, wo man die Ursachen für das ständige Steigen der Zuckerpriße zu suchen hat.

## Staatliche Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnott.

Unter dem 22. September d. Js. ist ein am 20. Oktober d. Js. in Kraft getretenes Gesetz über die Erleichterung für die Errichtung von Neubauten erlassen worden, dessen wesentlicher Inhalt der folgende ist:

Neuerbaute Bauten, wie auch aufgebaute und angebaute Teile, und zwar sowohl Bauten zu Wohnzwecken, wie zu Handels- oder gewerblichen Zwecken bestimmte, sind, wenn der Bau, Aufbau oder Anbau im Laufe von 8 Jahren nach Verkündung dieses Gesetzes beendet wird, für einen Zeitraum von 15 Jahren vom Eigentum der Bauten (Gebühren), die zugunsten des Staates und der Selbstverwaltungsinstitutionen auf Grund der Eigentumsübertragung erhoben werden, 8 Jahre lang vom Tage des Beginnes des Neubaues bzw. vom Tage der Beendigung des Baues abfreit; sofern jedoch der Bau bereits beendet ist, betrifft obige Befreiung

lediglich die erste nach Beendigung des Baues durchgeföhrte Transaktion. Auf die erwähnten Bauten finden die Bestimmungen des Art. 6, Abs. 6 des Gesetzes vom 4. April 1922 über die Verpflichtung der Stadtgemeindeverwaltungen zur Beschaffung von Wohnräumen, die einige Bauten von der Wohnraumbeschaffung befreien, Anwendung. Auf die bezeichneten Bauten finden ferner Anwendung die Vorschriften des Art. 8 des Mieterschutzgesetzes vom 18. 12. 20, die einige Bauten von diesem Schutz ausnehmen. Bescheinigungen zur Feststellung der Tatsachen, die das Recht zum Genüge der in diesem Gesetz vorgesehenen Erleichterungen begründen, werden ausgegeben von den zuständigen Amtern, die die Aufsicht über das Bauen haben, bzw. die die Baupläne bestätigen und über deren Durchführung wachen.

Ein zweites Gesetz vom 26. September d. Js., das ebenfalls mit dem 20. Oktober d. Js. in Kraft getreten ist, ermächtigt den Minister für öffentliche Arbeiten zur Herausgabe von Erleichterungsvorschriften auf dem Gebiet des Bauwesens, durch die die im Gesetz- und Verordnungswege erlaubten, gegenwärtig in den Städten angewandten einzelnen Vorschriften auf dem Gebiet des Bauwesens mit dem Augenblick des Inkrafttretens der entsprechenden vom Minister für öffentliche Arbeiten erlassenen Ersatzvorschriften ihre Geltungskraft verlieren.

# Die zugelassene Zahlung in deutscher Valuta. Das polnische Finanzministerium hat angeordnet, daß die Verbote der Auszahlung und Einziehung von Verpflichtungen in deutscher Mark, die durch das Gesetz vom 20. November 1919 erlassen worden sind, nicht Verträge betreffen, die außerhalb des ehemaligen polnischen Teilstaates abgeschlossen worden sind, wenn in ihnen als Zahlort ein Ort bezeichnet ist, der nicht im Bereich der Wojewodschaften Posen oder Pommerellen liegt. Der in den Artikeln 4 und 5 des Valutagegesetzes vorgeschene Zahlungsausschluß bezieht sich nicht auf Verpflichtungen, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes übernommen wurden.

# Einwechselung abgenutzter Kassencheine. Abgenutztes Papiergeld kann in der Zeit von 1/9 bis 1/10 Uhr früh morgens am Schalter I der Bank Krakow, in der ul. Aleje Marcinkowskie Nr. 12 eingewechselt werden.

# Pensionsmutterbesprechung im Frauenbund am 24. November. Trotz der augenfälligen Sparjamkeit, deren sich alle Pensionsmütter in Posen im Hinblick auf die Sorgen vieler Eltern der Jünglinge beklagen muß, der Pensionspreis für den Monat Dezember wieder erhöht werden. Die letzten Wochen haben für die meisten der lebenswichtigen Nahrungsmittel eine große Besteuerung zum Teil um 50 v. H. gebracht, was sich in jedem Haushalt empfindlich bemerkbar macht. Nach den üblichen eingehenden Berechnungen wurden für einfache Pensionen 55 000 M. festgesetzt, für wohlhabende geführte Haushaltungen 60 000 M. Die Kosten für Beleuchtung und Heizung werden wie bisher, nach dem tatsächlichen Verbrauch berechnet.

# Deutsche Vortragsveranstaltungen. Der Kursus des Sanitätsrats Dr. Pincus über Säuglings- und Kinderpflege, der am 28. November beginnen sollte, kann erst 8 Tage später, also am 5. Dezember, seinen Anfang nehmen, da der Vortragende zurzeit durch eine Erkrankung behindert ist. — Die beiden ersten Vorträge der Vortragsreihe über den Buddhismus (Superintendent Hobde) haben Buddhas Leben und die Entstehung des Buddhismus behandelt. Der dritte Vortrag, der am Dienstag, dem 28. November, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses stattfindet, wird die wesentlichen Grundbegriffe des Buddhismus, die oft gehörten und vielfach mißverstandenen Ausdrücke Skanda, Karma und Nirvana, erklären. — Der erste Vortrag der Vortragsreihe „Polen“ findet am Mittwoch d. Folger. Woche, dem 28. November, abends 8 Uhr, im Saale des Vereins junger Kaufleute statt. Herr Dr. Loewenthal wird in diesem Vortrag von der Bevölkerung Polens sprechen und besonders auf die Entwicklung des polnischen Lebens und die kulturhistorischen Eigentümlichkeiten im privaten und öffentlichen Leben des polnischen Volkes eingehen.

# Dichterabend Eberhard König. Der in Kreis bewußten Deutschums bekannte und geschätzte Dichter Eberhard König, ein geborener Schlesier, wird am Dienstag, dem 28., aus eigenen Werken vortragen; und zwar werden zum Vortrag gelangen Teile aus seiner großen Trilogie „Die Tragödie von Born“ und zwar aus dem III. Teil „Die Rabenschlacht“. Eberhard König bevorzugt in seinen Dichtungen Stoffe der alten germanischen Heldenlegenden und des Märchens. Es gelang ihm, wie wenigen Dichtern der Gegenwart deutschen Charakter, deutsche Weltanschauung und deutsches Fühlen zur Darstellung zu bringen. Bekannt ist er durch das treffliche Märchenstück „Gevatter Tod“, in dessen ersten und letzten Akten eine feinsinnige dichte

Märchenstimmung lebendig ist. Großen Erfolg errang sein vaterländisches Festspiel „Stein“ (1917) und auch das dramatische Heldenstück „Belant der Schmied“. Von epischen Dichtungen sind bekannt „Die Geschichte von der silbernen Goldensauamweise“, „Hermoberts Ritt“, „Von Hollas Roden“. Der Dichter, der schwer um Anerkennung zu ringen hatte, darf jetzt einen unbestrittenen Platz in der deutschen Dichtung der Gegenwart einnehmen. Uns, die wir um den Bestand unseres Volkstums zu kämpfen haben, ist der deutsche, bewußte Charakter seiner Dichtungen besonders wertvoll. Der Vortragabend findet im Saal des Vereins junger Kaufleute (altes Theater) abends 8 Uhr statt. Eintrittskarten sind zu 450 M. für numerierte und 300 M. für unnummerierte Plätze zu haben.

# Ein schiefes Hasenjahr ist das Jahr 1922. Das hat seine Ursache in der andauernden Rasse, die uns im Frühjahr und im Sommer beobachtet war und den jungen Hasen zum Verderben gereichte. Die Hasenjagd ist infolgedessen in diesem Jahre durchaus unlohnend. Die Jäger müssen Felder von mehreren hundert Morgen groß abstreifen, um einen Hasen zu sehen. Die Abhaltung von Treibjagden darf sich kaum lohnen, da der Erfolg wohl kaum die Unkosten decken dürfte. Da auch die Hühnerjagd gleich Null war, so werden die Jagdpächter nicht auf ihre Rechnung kommen.

# BaptistenTauftaufe. Am Sonntag nachmittags wurde in der überfüllten Kapelle der Baptisten in der ul. Przemysłowa eine Taufhandlung abgehalten. Geaust wurden 11 erwachsene weibliche und männliche Personen. Nach einem feierlichen Gottesdienst ließen die Täuflinge in weiße Gewänder gehüllt in das geräumige Taufbecken hinab. Die Taufhandlung vollzog Herr Prediger Drews. Anschließend sang ein polnischer und ein deutscher Chor. Den Schluß der Handlung bildete eine feierliche Abendmahlfeier.

# Die Feuerwehr wurde in der Nacht zum Sonntag nach der ul. Piastowa Wawrzyniaka (fr. Kaiser Friedrichstr.) 26 gerufen, wo ein bewohnter Möbelwagen in Brand geraten war; am Sonntag 8.35 abends auf dem Bauplatz des Baumeisters Katz in der fr. Bitterstraße, wo ein elektrischer Draht beim Herabfallen ein Pferd getötet hatte.

# Wäsche- und Schwandiebstahl. Einer Besitzerin in Konin bei Gondel wurden Güter und größere Posten Wäsche, gezeichnet M. G. gestohlen.

# Juwelendiebstahl. Mittels Einschlagens der Schaufrontscheibe wurden aus dem Juwelierladen in der ul. Szkoła 9 (früher Schulstr.) ein Tablett mit ca. 60 Ringen, ein Tablett mit Damerringen 2 Damenhörnern, 3—4 Zigarettenetuis und noch andere Gegenstände im Werte von 6 Millionen Mark gestohlen.

# Das Dom. Antonius bei Schwerenz wurde von Einbrechern heimgesucht. Die Diebe nahmen einen peripheren Teppich (3x3), eine Bischofskappe und eine französische Marmoruhre mit. Der Wert der gestohlenen Sachen wird auf 5 Millionen geschätzt.

# Geldschrankräuber stateten dem Mühlensitzer Hammann in Dobrik in der Nacht auf Montag einen Besuch ab und entwendeten aus seinem Geldschrank 6 Millionen Mark. Die Untersuchung ist eingeleitet.

# Gestohlener Schafspelz. In der ul. Skarbowka (fr. Luisistr.) 19 wurde am Sonntag nachm. ein Herrenpelz aus Schafsfell mit hellen Hornknöpfen und schwarzen Krinnerkragen im Werte von 50000 M. gestohlen.

# Wasserstand. 80 cm über dem Grundwasser. Infolge der Niederschläge ist das Wasser jetzt im Steigen begriffen.

## Beschwerde.

= Friedingen, Kreis Bromberg. 26. November. In letzter Zeit ist das Ansiedlungsgrundstück des Landwirtesträgers Hermann Ernst durch Verkauf in fremde Hände übergegangen.

\* Graudenz. 24. November. Eine große Unstimmigkeit herrschte darüber, ob der Bus- und Beflagtschulfrei sein müsse. Während den Knaben-Mittelschulen (Gymnasium und Oberrealschule) bereits früher bekannt gegeben wurde, daß schulfrei sei, war am Mädchen-Gymnasium angeordnet, daß auch die evangelischen Kinder zum Unterricht zu erscheinen hätten. In der evangelischen Volksschule wurde freigegeben. — Ein Überfall wurde auf den Stadtrat Redmann verübt. Als er mit seiner Gattin und einem Bekannten von einer Gesellschaft kam, rumpelte eine Notte Birschen den Begleiter an. Stadtrat R. leistete dem Überfallen Beifall. Dieser wurde befreit und elte fort, während sich die Angreifer auf den Helfer stürzten. Wie man hört, erhielt R. einen Messerstich und mußte nach Hause gebracht werden.

b. Jarotschin, 26. November. Das angekündigte Wohltätigkeitsfest für das Siechenheim nahm einen außerordentlich glänzenden Verlauf. Der große Saal und die Nebenräume konnten die Teilnehmer fast gar nicht fassen. Der Festsaal bot ein schönes und reizvolles Bild. Es war ein richtiges Jahrmarkt, nichts fehlte. Auch für Weihnachtsstimmung war gesorgt, denn das Christkind war erschienen, um Weihnachtsschmuck darzubieten. Ja, sogar ein Bigeunerlager war da, das die Besucher in Scharen herbeizog. Die

Frühe des folgenden Tages gewann, war das Bewußtsein eines räuberisch entwickelten Wollbartes. Er kannte die unbedingte Abneigung seiner Gastgeber und der Moslemim überhaupt gegen die Beackerung des Gesichts mit dem Rasiermesser. Darum zog er eine Paraffinkerze aus dem beiseiteligenden Bündel, machte Licht, stellte einen kleinen Taschenpiegel daneben und begann mit Hilfe des Messers und der Schere sich wieder ein ziemlich europäisches Aussehen zu geben. Die braune Haut machte allerdings kein Fleckwasser wieder hell, und er legte auch nicht den geringsten Wert darauf. Als das verschönernde Geschäft beendet war, schlug er den Zeltvorhang zurück, stopterte beinahe über den getreuen Wächter seiner Sicherheit und ging, ein wenig schauernd, nach einem der Rinnale hinüber, die die Quelle nach der Dose entließ. Hier schlug er das Hemd bis auf die Hüften herunter und begann eine wahre Orgie mit Seife und Wasser. Ein paar Hunde kamen dem ungewohnten Schauspiel näher, zogen sich aber bald mit einem schwachen Wedeln verständnisloser Freundschaft wieder zurück. Mit der großen Reinigungsprozedur schien Sidi Marik so ziemlich alle unbekümmerten Gedanken des gestrigen Tages fortgewaschen zu haben. Er sah sich vergnüglich um und entdeckte zu seiner großen Genugtuung, daß seine Träger spurlos verschwunden waren. Die Beni Harf lagen noch igelartig zusammengefäßt auf ihren Plätzen und teilten mit ihrer Schutzwache den Schlaf des Gerechten. Sonst lag die Dose ebenfalls still. Man schlief hier gern lange, und Zeit konnte man nach Belieben veräumen. Die Palmen raschelten leise im Morgenwind, der sich als Vorboten der aufgehenden Sonne erhob, und Sidi Marik durchschritt rasch das Wäldchen, um drüber am anderen Ufer des Wadi hinaufzusteigen. Hier erkannte er, daß das Lager doch nicht ganz unbewacht war, denn urplötzlich kam hinter einem Felsblock ein gutgemeintes Schalaam hervor. Ein Mann der Beni Humajun erfüllte hier seine Wächterpflicht. In seinen Burnus gewickelt, sah er aus wie eine mächtige weiße Birne, der auch der Stiel in Gestalt der langen hochragenden Flinte nicht schließe. Sidi Marik stieg noch ein paar Schritte weiter und kletterte auf einen rissigen Felsblock hinauf. Dort hinten im Osten schoß ein alutroter Schein hoch, fuhr erst wie mit

reinen, rosigem Fingern über den kalten, hellen Sand und nahm wie ein freundlich errötendes Gesicht eine immer tiefere Farbe an, um sich schließlich wie ein durchsichtiger tiefroter Teppich über das öde Feld zu lagern. Und immer mächtiger, immer gewaltiger schossen die Feuergarben am östlichen Himmel empor. Wie die Strahlen unzähliger, orangefarbener Vulkane flammt sie über den Horizont, wechselnd zwischen tiefem Purpur und flammendem Feuerrot, um endlich das ganze Firmament in ein einziges Meer von Glut und Farbe einzuhüllen.

Schon tausendmal hatte Sidi Marik den jungen Tag so kommen sehen, und doch ergriff ihn das Wunder jedesmal von neuem. Heute erschien es ihm wie ein besonders freundlicher Gruß der Heimat oder eigentlich des Landes, das seine Heimat noch gar nicht war. Noch nicht? .... Der Gedanke machte ihm zu schaffen. So sehr, daß er — was noch nie geschehen war — den Sonnenaufgang vergaß, und die Pfeife herauszog, um sie zu stopfen. Eine Pfeife, nüchtern geraucht, hatte ihn schon manchmal auf gute Gedanken gebracht, das wußte er aus Erfahrung. Diesmal aber konnte er nichts Vernünftiges zusammenbringen. Und auf einmal blieb er mittendrin im glühtroten Wüste stehen, und ein glühender Schmerz durchzuckte ihn von einem Körperende zum andern: Uel... Warum jah er sie nicht? ... War sie etwa? ... Er wagte den Gedanken nicht auszudenken. Diese verdamten Zeremonien, die jedem ein Pechpflaster auf den Mund liebten und es als unanständig bezeichneten, nach der Frau zu fragen. Uel... Donnerwetter, was ging ihn das Kind an! Warum stand er hier in der kalten, flammenden Einsamkeit wie ein Narr und ließ sich von der „weißen Birne“ im Stillen als mebus betrachten! In wenigen Zügen hatte er die Pfeife leergeraucht und stopfte sie von neuem gedanklos. Eine große Müdigkeit überfiel ihn plötzlich, als kämen alle die Strapazen der letzten Monate auf einmal über ihn. Aber die Müdigkeit ermöglichte es ihm auch, seiner Gedanken Herr zu werden. Er stieg wieder in das Wadi hinunter, das jetzt allmählich von den Strahlen der Sonne gefüllt wurde, aber immer noch frostig genug blieb.

(Fortsetzung folgt.)

## Sidi Marik.

Roman von L. vom Bogelsberg.

(Fortschreibung.)

(Nachdruck verboten.)

So gut es ging, suchte er die Leute wieder zusammenzutrommeln und seiner Karawane einen etwas gediegeneren Eindruck zu geben, indem er auf ehrlichem Wege allerlei ethnologische und sonst für die Wissenschaft brauchbare Gegenstände eintauschte. Es ging alles verhältnismäßig manierlich zu, daß er noch eine ganze Strecke weit nach Süden vorbringen konnte, ehe er durch den allmählich jährlbar werdenden Mangel an Tauschwaren gezwungen wurde, in Elmärschen nach Norden zurückzukehren. Ohne besondere Fählichkeit landete er wieder bei den Beni Humajun. Das Ergebnis dieser zwitterhaften Forschungsreise war indes von nicht zu unterschätzender Tragweite. Er konnte das gesammelte Material zu einem sehr hohen Preis nach Europa verkaufen und dann verteilt er die aus dem unfreiwilligen Nachlaß des Arabers übriggebliebenen Schätze an die Frauen und Kinder der Beni Humajun. Infolgedessen wurde er stillschweigend zum vollwertigen Stammesmitglied ernannt, sah sich aber plötzlich in der Verlegenheit, Besitzer eines ganz hübschen Vermögens zu sein, ohne daß er wußte, was er damit anfangen sollte. Der Gedanke, nach Europa zurückzufahren, kam ihm gar nicht. Zu guter Letzt rüstete er eine neue Karawane aus, die in mehr westlicher Richtung vorstieß und ebenso glücklich verlief, deren finanzielles Ergebnis aber womöglich noch besser war. Auch die hier gesammelten Seltenheiten stieß er wieder ab, und ging zum dritten Male vor, diesmal nach Südosten. Das war vor einem Jahr. Der Zug endete mit dem Abenteuer von heute morgen und dem Entschluß, den Inhalt der Kamelladungen diesmal nicht in die Museen Europas auszuladen. Als er zu diesen Erwähnungen gekommen war, schloß Sidi Marik endlich ein, ohne daß er recht eigentlich mit sich ins Neue gekommen wäre.

III.

Der erste Eindruck, den Sidi Marik in dem fröhselnd durch das leichte Zelt ziehenden Morgenwind in der ersten

